



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/XII/18 - 22. Januar 1957
Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 61881-93
Fernschreiber 088689C

Die ausgearbeitete Sozialreform	S. 1
Wormling kneift	S. 3
Grossbritannien und die europäische Freihandels- zone	S. 4
Zur Fall des Schauspielers Eduard von Winterstein	S. 6
FDP-Parteitag ohne Überraschung	S. 7

Das Rentengesetz - kompliziert und unverständlich

Mit Zustimmung der SPD-Fraktion hat der Bundestag mit grosser Mehrheit nach viertägiger Redeschlacht in der Nacht zum Dienstag das Gesetz über die Neuregelung der Renten verabschiedet. Die Haltung der Sozialdemokratie zu diesem Gesetz umriss der Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer.

Wir Sozialdemokraten begrüssen im Interesse der Alten, Arbeitsunfähigen, Witwen und Waisen, dass der Bundestag nun endlich nach vielfachen Verzögerungen und Verfrühtungen endgültig über die Gesetze zur Neuordnung der Rentenversicherung entscheidet.

Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat durch den von ihr bereits am 18. April 1956 eingebrachten Entwurf eines Rentenversicherungsgesetzes den entscheidenden Anstoss zur Verabschiedung der vorliegenden Gesetzentwürfe gegeben. Auch auf diesem Gebiet hat es der sozialdemokratischen Initiative bedurft, um Regierung und Koalition zum Handeln zu zwingen. Der Entwurf der Regierung ist erst am 21. Juni 1956 dem Bundestag zugegangen.

Die jetzt zur Beschlussabstimmung stehenden Gesetze enthalten leider viele Mängel und Ungerechtigkeiten. Dennoch werden sie die Lebenslage der Alten und Berufsunfähigen verbessern. Die Sozialdemokratische Fraktion wird deshalb den Gesetzen ihre Zustimmung geben.

Im Namen der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion möchte

ich aber noch folgendes erklären:

- 1) Die Gesetzentwürfe bringen nicht die bereits im Januar 1950 von der Bundesregierung angekündigte Sozialreform. Sie führen nicht zu einer Vereinfachung des Sozialrechts, sondern machen es noch komplizierter und unverständlicher. Sie entsprechen daher nicht den Anforderungen, die gerade an eine moderne sozialpolitische Gesetzgebung gestellt werden müssen.
- 2) Die Gesetzentwürfe bringen keine sinnvolle Abgrenzung der verschiedenen sozialen Leistungen. Sie bringen auch nicht die notwendige übersichtliche Neuordnung der sozialen Leistungen, sondern schaffen neue Zuständigkeitsdifferenzen zwischen den verschiedenen Leistungsträgern, die zu organisatorischem Leerlauf führen müssen.
- 3) Die Gesetzentwürfe tragen dem Bedürfnis nach sozialer Sicherung der selbständig und freiberuflich Tätigen keine Rechnung. Sie enthalten keinen konstruktiven Gedanken über eine soziale Sicherung, die den besonderen Bedürfnissen der selbständig und freiberuflich Tätigen entspricht. Es werden vielmehr bestehende Möglichkeiten zur freiwilligen Versicherung von Selbständigen beeinträchtigt und das Durcheinander in der Handwerkerversicherung wird noch vergrößert.
- 4) Die Gesetzentwürfe führen durch Beitragserhöhungen zu einer stärkeren wirtschaftlichen Belastung der Arbeiter und Angestellten. Der Anteil der Versicherten an den Aufwendungen für Sozialausgaben wird wesentlich erhöht, der des Bundes entsprechend reduziert. Die Bundeszuschüsse zu den Altersrenten kommen sogar völlig in Fortfall. Statt auch hier zu einer gerechteren Einkommensverteilung beizutragen, werden neue Ungerechtigkeiten zu Lasten der Arbeiter und Angestellten geschaffen.

Diese Schwächen und Mängel der neuen Gesetze haben ihre Ursache nicht nur in der Unwilligkeit der Regierung und ihrer Koalitionen, das Notwendige zur sozialen Sicherung des Lebensabends der alten Menschen rechtzeitig und ausreichend zu tun; sie liegen vor allem in der Tatsache begründet, dass Regierung und Koalition sich nicht zu der grundlegenden Neugestaltung des Rechtes der sozialen Sicherheit

22. 1. 1957

entschliessen können.

Die Bundesrepublik Deutschland steht nicht nur vor der Aufgabe, durch Erhöhungen und Erweiterungen der finanziellen Leistungen den älteren Menschen in unserem Volke einen gewissen Anteil an den Erfolgen des wirtschaftlichen Aufbaues und der Hochkonjunktur zu sichern. Die wirkliche Aufgabe unserer Zeit ist vielmehr: Die Schaffung einer neuen Ordnung der sozialen Sicherheit, die die Pflicht der Gemeinschaft des ganzen Volkes zur Grundlage hat, allen älteren Menschen einen Lebensabend ohne Furcht vor Not in Sicherheit und Frieden zu gewährleisten.

Eine Reform, wie wir sie jetzt verabschieden werden, ist wichtig und nützlich, aber unsere Zeit erfordert mehr. Sie erfordert eine soziale Neuordnung. Lange Zeit war Deutschland auf dem Gebiet der Sozialgesetzgebung führend. Heute sind Länder wie Grossbritannien, Frankreich, Holland und die skandinavischen Länder beispielgebend geworden in Geist und Inhalt sozialer Neugestaltung. Menschliche, gesellschaftliche und politische Gründe fordern diese soziale Neugestaltung auch in der Bundesrepublik gebietstreu und ohne Zeitverlust.

Die heute zur Verabschiedung kommenden Gesetzentwürfe können zur Linderung der sozialen Not in der Bundesrepublik beitragen und die Lage der im Schatten der sozialen Marktwirtschaft lebenden Rentner verbessern. Aber die Aufgabe der sozialen Neuordnung muss erst noch in Angriff genommen werden. Ihre Lösung ist und bleibt eines der vornehmsten Ziele sozialdemokratischer Politik unserer Zeit.

Der grosse Schweiger

sp - Man kann sich zwar illustriert sehr schwer vorstellen, dass ein Familienminister kneift, aber doch ist es geschehen. Und zwar am Montagabend während der grossen Rentenschlacht im Bundestag.

Es ging um die Elternrente. Sozialdemokraten, Freie Demokraten und Deutschparteilier wollten die Elternrente. Sie wollten, dass die Fürsorgepflicht eines Kindes für die Eltern durch Gesetz gesichert wird, falls das Kind stirbt und niemand mehr da ist, der für die Eltern sorgen könnte. Es ging hin und her. Resolat meinte schliesslich die Alterspräsidentin des Bundestages, Frau Lüders, wozu hätte man denn einen Familienminister, der sollte doch etwas dazu sagen. Auch Fritz Erler wollte Herrn Würmelings Meinung hören. Plötzlich ertönte von den Abgeordnetebänken ein Sprechchor: Würmeling! Würmeling! Würmeling!

Der Familienminister glänzte zunächst durch Abwesenheit. Schliesslich, offenbar herbeigerufen von seinen Parteifreunden, pflanzte er sich in seinen Ministersessel und - schwieg. Er schwieg so penetrant, dass der Sprechchor immer lauter wurde. Würmelings Parteifreunde auf den ersten Bänken bedeuteten ihm durch eifriges Kopfschütteln, er solle ja nicht etwa reden. Sie selbst wollten die Elternrente nämlich nicht. Also schwieg Würmeling weiter. Er schwieg ein Loch in die dicke Luft.

Präsident Backer, dem die Sache peinlich wurde, rief zu Wortmeldungen auf. Keiner meldete sich. Auch nicht der Familienminister.

Aus! "Die Debatte ist abgeschlossen".

Würmeling, zurückgelehnt in seinem Sessel, zog die Stirne kraus. Vielleicht hat er an Moltke, der grosser Schweiger gefacht...

Die "guten Europäer" in London

E.A., London

Unter den Zukunftsversprechungen, mit denen Premierminister Macmillan den Dazugut der Engländer über die Schwierigkeiten der nächsten Monate hinwegzurüsten sucht, steht das politische und wirtschaftliche Heranrücken Grossbritanniens an die westeuropäischen Länder an hervorragender Stelle. Andere sind: Der Ausbau der atomaren Kraftwerke, um den jetzigen Ausfall und die zukünftige Unsicherheit der Belieferung mit Mittel-Ost-Mineralöl gutzumachen - und grosse Einsparungen bei den militärischen Ausgaben, die mit einem Schlage das finanzielle Defizit der Suezintervention decken würden.

Der etwas verspäteten Erkenntnis, dass Grossbritannien ein Teil Europas ist, hat der neue Premierminister dadurch Rechnung getragen, dass er bei der Besetzung der wichtigsten Regierungsämter auf "gute Europäer" zurückgriff. Harold Macmillan selbst war ein eifriger Befürworter der Europabewegung. Peter Thorneycroft, der neue Schatzkanzler, vertrat schon lange den Gedanken, dass die britische Wirtschaft nicht beiseite stehen könne, wenn die sechs "Messina-Staaten" ihren Gemeinschaftsmarkt schaffen. Auch Sir David Eccles, der neue Handelsminister gehörte zu den Europabewussten.

Antiamerikanische Ressentiments

Nur dass jetzt das gesamte Torylager mit Ausnahme der Empirepropagandisten um Lord Beaverbrook in die europäische Front einschwenkt, macht misstrauisch. Zunächst lässt sich der Verdacht nicht von der Hand weisen, dass man das Fiasko der gescheiterten Suezaktion mit einer neuen Geschäftigkeit vergessen lassen will. Dann aber hegen viele der neuen Europarekruten so starke anti-amerikanische Sentiments, dass ihre Liebe für den Kontinent die Enttäuschung über das alte Verhältnis zu den USA, Kanada und anderen nur schlecht verdeckt. Sie wiegen sich in einem Wunschtraum, dass England die zerschmetterte Grossmachtstellung gestützt auf die westeuropäischen Nationen zurückerobern könnte. Diese Gefühle liess Harold Macmillan in seiner programmatischen Rundfunk- und Fernsehrede anklingen, als er erklärte: "Ich glaube fest daran, dass es unser Schicksal ist, immer enger mit

22. 1. 1957

ihner (den Ländern Europas) zusammenzuarbeiten. Im ganzen genommen, stehen diese Gemeinschaften, das Commonwealth und Europa, an Stärke und Reichtum den zwei Riesenmächten (USA und Sowjetunion) nicht nach".

Der Premierminister tat gut daran, das Commonwealth so beiläufig in die neu geplante europäische Gemeinschaft miteinzubeziehen, obwohl dafür natürlich keinerlei Berechtigung vorliegt. Schliesslich kann er nur im Namen Grossbritanniens und nicht in demjenigen der Commonwealth-Länder sprechen.

Illusion der "dritten Kraft"

Über die Illusion der "dritten Kraft", die sie jetzt herbeizubekommen möchten, steht denjenigen schlecht an, die bisher den Empiregedanken und den Standpunkt vertraten, dass Grossbritannien "es allein schaffen könnte", bis der Ausgang der Intervention sie eines Besseren belehrt hat.

Natürlich gibt es auch sonst entscheidende Gründe dafür, dass Grossbritannien nicht abseits stehen kann, wenn die anderen europäischen Völker einen Gemeinschaftenmarkt aufbauen. Schliesslich gehen 50 Prozent der britischen Exporte auf den westeuropäischen Markt. Die britische Wirtschaft kann es sich nicht leisten, untätig zuzusehen, dass vielleicht neue Zollschranken gegen ihre Produkte ihr neue Schwierigkeiten auf einem so wichtigen Absatzgebiet schaffen. Daher das plötzliche starke Interesse an der Schaffung einer europäischen Freihandelszone. Gerade die Vertreter der wichtigsten Exportindustrien haben ein vitales Interesse an dem Plan.

Allerdings sind es gerade jene Industrien, die bisher bestehende oder befürchtete Handelschranken mit internationalen Preiskartellen und Monopolen zu begegnen suchten. Ein europäischer Freihandel hat aber nur dann einen Daseinszweck, wenn er einer Produktionsausdehnung den Weg ebnet. Die von Monopolen und Kartellen geübte Produktionsbeschränkung, um Preis und Profit hochzuhalten, wird nicht automatisch durch Beseitigung von Zollgrenzen ausgeschaltet. Was vermögen ist, kann kaum von einer von monopolistischen Interessen beherrschten konservativen Wirtschaftspolitik geleistet werden. Hier liegt die Aufgabe, deren Lösung man mit schönen Bekenntnissen nur verdecken aber nicht beschleunigen kann.

Von der künstlerischen Freiheit

Von Dr. Adolf Arndt, MdB.

Die Bundesregierung nimmt offiziell in ihrem "Bulletin" Nr. 13 vom 19. Januar zum Fall des Schauspielers Eduard von Winterstein Stellung. Wie leider nicht anders zu erwarten war: ganz in der unfreien und humanitätsfeindlichen Geisteshaltung des Kalten Krieges. Es heisst im "Bulletin":

"Es gibt in jenen anderen Teile Deutschlands Künstler, die sich in freier Entscheidung - auch das ist ihr gutes Recht - dazu entschlossen haben, dem System der Unfreiheit zu dienen, das ihnen denn allerdings den Status des "Kun"-Künstlers nicht einräumt. Darin liegt keine Tragik, denn selbstgewählte Unfreiheit entbehrt dieser Note".

Überdenkt man diese Sätze, so führen sie zu dem ungeheuerlichen Ergebnis, dass also jeder, der drüber in der Zone einen Beruf ausübt, dies in "selbstgewählter Unfreiheit" tut. Letzten Endes gibt es keinerlei Beruf, der nicht irgendwie auch Teilnahme an öffentlichen Leben ist.

Mit dieser Stellungnahme setzt sich die Bundesregierung in einen schneidigen Widerspruch zu ihren eigenen fortgesetzten Ermahnungen, dass die Menschen drüber in der Zone ausharren sollen, solange es nur irgend ginge. Wie nun meint man wohl, dass jemand ausharren könne, ohne seinen Beruf auszuüben?

In der ersten Verwirrung der Nachkriegszeit tat Thomas Mann einmal die unselige Äusserung, wie man denn unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland den 'Fidelio' habe auführen und den Chor der Gefangenen hören können, ohne sein Haupt zu verhüllen. Das war menschlich falsch gedacht. Denn der Nationalsozialismus war keineswegs eine nationalsozialistische Angelegenheit, allein der Deutschen. Durfte man damals, ohne sein Haupt zu verhüllen, den Gefangenenchor aus 'Fidelio' in Berlin nicht hören, so musste das gleiche für Californien, wo Thomas Mann damals lebte, und alle Orte der Welt gelten. In Wahrheit aber war es für die Leidenden in Deutschland eine Lebensnotwendigkeit ihres Alters, dass es noch den Trost der Kunst gab. Sollte das gleiche nicht heute in der Zone gelten? Oder will die Bundesregierung alle Musiker und Schauspieler

aus der Zone auffordern, ihren Platz dort aufzugeben, um die gequälten Menschen drüben ohne den Frost Sachs, Beethovens und Schillers zu lassen ?

Die Stellungnahme der Bundesregierung ist nichts anderes, als ein Vorgriff auf eine Entseelifizierung, deren Drohung die Wiedervereinigung sinnlos erschweren müsste.

Kein Konkurrent für Reinhold Maier

sp - Die Vorbesprechungen zu dem am kommenden Wochenende in Berlin stattfindenden Parteitag der FDP sind soweit gediehen, dass der frühere baden-württembergische Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier im Alleingang zum Vorsitzenden gewählt werden dürfte. Ursprünglich war von einer Gegenkandidatur des rheinland-pfälzischen Finanzministers Dr. Nowack die Rede; aber auch Nowack steht nicht mehr ernsthaft zur Debatte. Es ist anzunehmen, dass alle Landesverbände der FDP gewillt sind, die Wahl Maiers zum Vorsitzenden zu einer Demonstration der Geschlossenheit ihrer Partei werden zu lassen, um noch rechtzeitig vor der Bundestagswahl auch nach aussen hin den Eindruck einer "Dritten Kraft" in der deutschen Politik manifestieren zu können. Diesem Bestreben ist auch die beabsichtigte Verkündung des Parteiprogramms der FDP untergeordnet. Eine vorsichtige Analyse des noch nicht ganz fertig gestellten Dokumentes zeigt, dass auch in dieser Beziehung keine Überraschungen zu erwarten sind. Neben allgemein gehaltenen Bemerkungen über den Begriff der Freiheit in allen Äusserungen der nationalen und internationalen Politik enthält das Programm kaum etwas, das nicht schon früher einmal von der FDP gesagt oder gefordert worden wäre. Die Periode, in der ein Deklar für Überraschungen sorgte, scheint verüber zu sein.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel